



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0226.990

P/XIII/256 - 10. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der "potentielle Kriegsverbrecher" Strauss überschlägt sich	53
2 - 3	Die Sorgen Karamanlis' Zum Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Von Dr. Basil Mathiopoulos	67
4	IG-Bergbau schlägt Alarm Vorschläge zum Ausweg aus der Kohlenkrise	54
5 - 6	"Die Schuld steht nie stumm im Raum der Geschichte" Eine Begegnung in der Heinrich-Heine-Hochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung	105
7	Das Asylrecht ist unantastbar! Zum Mordanschlag in Godesberg	36

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

## Der "potentielle Kriegsverbrecher"

sp - In diesen Tagen hat man überall in Deutschland der Ereignisse gedacht, die der jüngsten Geschichte unseres Volkes einen unverwischbaren Stempel aufdrückten. Dazu gehörte auch der 9. November 1918, in dessen Folge der deutsche Rechtsradikalismus der Weimarer Republik die "Dolchstoß-Legende" erfand und jene Politiker als "Vaterlandsverräter" und "November-Verbrecher" zu brandmarken begann, die einen sinnlos gewordenen Krieg vernünftig zum Abschluß bringen wollten. Es wurden viele Vorträge darüber gehalten, deren Tenor im allgemeinen war: Es gibt keinen "Dolchstoß", es gibt keine "November-Verbrecher" - es gab nur eine hemmungslose rechtsradikale Propaganda gegen die Linke mit dem Ziel, die junge deutsche Demokratie zu erwürgen.

Den Bundesverteidigungsminister Strauß scheint dies alles nicht zu berühren. Vor einigen Tagen rief er Versammlungsbesuchern, die Mißfallensäußerungen gegen seine Politik bekundeten, zu, sie sollten auswandern. Jetzt hat derselbe Verteidigungsminister in Regensburg die modifizierten Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und zur Einleitung einer militärischen Entspannungspolitik in Europa als einen Plan bezeichnet, der darauf hinausläufe, die Bundesrepublik wehrlos zu machen. In diesem Zusammenhang prägte Strauß das böse Wort vom "potentiellen Kriegsverbrecher", womit er diejenigen meinte, die den Wunsch geäußert haben, sich ernsthaft und positiv mit den Vorschlägen Rapackis auseinanderzusetzen.

Man muß sich diesen Mann Strauß einmal aus der Nähe betrachten und ihn reden hören, um zu begreifen, warum er so hemmungslos sachliche Diskussionen über Entspannungsvorschläge oder kritische Bemerkungen zu seiner Politik niedertrampelt. Ihm scheint es geistiges und körperliches Unbehagen zu bereiten, wenn er hört oder spürt, daß irgend jemand in der Welt anders als in rein militärischen Kategorien denkt. Die Erfinder der "Dolchstoß-Legende" haben auch nicht anders geredet, und das Wort vom "potentiellen Kriegsverbrecher" ist nur eine Modifizierung des Schimpfwortes "November-Verbrecher".

Inzwischen haben bedeutende Publizisten der westlichen Welt und hervorragende Politiker, die keineswegs im Verdacht stehen, die Ziele Moskaus zu vertreten, die Vorschläge des polnischen Außenministers als eine höchst beachtlich politische Aktion bezeichnet, die der Entspannung in Europa dienen könnte. Vor der Presse in Berlin erklärte der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander, der neue Vorschlag Rapackis sei ein sehr bedeutendes Dokument, Schweden habe schon den ersten Entwurf mit großem Interesse studiert, aber die neue Fassung verdiene noch größere Aufmerksamkeit. Nach der Londoner "Times" erklärte jetzt die liberale Londoner Zeitung "Manchester Guardian", der offensichtliche Grund für die Polen, die Idee eines Disengagement in Europa wachzuhalten, sei der Wunsch, Atomwaffen aus den Arsenalen der Bundeswehr herauszuhalten. Die Zeitung sagt hierzu: "Warum auch nicht?"

Den Gedankengängen eines Strauß folgend, wären also der schwedische Ministerpräsident Erlander, die politischen Kräfte, die hinter "Times" und "Manchester Guardian" stehen, sowie zahlreiche amerikanische Politiker, die jetzt in den Senat oder in das Repräsentantenhaus gewählt wurden, "potentielle Kriegsverbrecher".

Im übrigen aber können wir Herrn Strauß nur dankbar dafür sein, daß er jetzt immer häufiger seine Maske fallen läßt. Das erlaubt uns zu erkennen, was sich dieser Mann unter "psychologische Verteidigung" - in seinem Amt auch "psychologische Kriegsführung" genannt - vorstellt.

Die Sorgen Karamanlis'

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Wenn unmittelbar nach dem Besuch des kanadischen Premier der griechische Ministerpräsident mit seinem Außenminister Aweroff und einem Stab von Finanz- und Wirtschaftssachverständigen Besprechungen mit den deutschen Gastgebern in Bonn aufnimmt, so ist die pikante politische Aktualität dieser persönlichen Kontakte unverkennbar. Sie werden von der stockenden Genfer Konferenz überschattet, erhalten ihr besonderes Timbre durch die französische Initiative hinsichtlich einer Reorganisation der NATO, wobei vor allem die förderungsbedürftigen Griechen nachteilige Auswirkungen auf die Maßnahmen zur Errichtung der europäischen Freihandelszone befürchten. Was übrigens die Vorschläge de Gaulles betrifft, so teilt man in Athener diplomatischen Kreisen die kühle Reaktion Bonns, ja man lehnt mit der unverblühten Kritik Fanfanis eine Hierarchie ab, denn in der NATO solle es nur eine solidarische Schicksalsgemeinschaft freier Völker, nicht aber Alliierte erster, zweiter und dritter Ordnung geben.

Wenn die Zypernfrage im NATO-Rat auch bis nach der UNO-Debatte in Dezember ad acta gelegt wurde, so wird Karamanlis in Bonn um Verständnis und Hilfe ersuchen, um das Problem aus der Sackgasse zu führen. Er stützt sich, wie aus Athen verlautet, dabei auf die bisher objektive Haltung der deutschen Vertreter in der NATO einerseits und die guten Verbindungen nach London und Ankara andererseits.

Darüber hinaus wird er mit den zuständigen Kreisen in Bonn eine gemeinsame Linie in der Nahost-Politik festzulegen versuchen. Vielleicht könnte es zur Beruhigung des nahöstlichen Unruheherdes beitragen, könnten sich die Bundesrepublik, Italien und Griechenland, die über ein beachtliches geistiges und kulturelles Ansehen im Vorderen Orient verfügen, zu einem von allen kolonialen Tendenzen und falschen Rücksichten unbelasteten Vorgehen einigen und so Brücken schlagen, die das westliche Vakuum in der mißtrauischen arabischen Welt durch eine Freundschaft im wahren Sinne des Wortes ausfüllen würden.

Karamanlis kommt aber nicht nur als besorgter Partner, er kommt als Überbringer der herzlichen Sympathie, mit der sich das von Schicksalsschlägen heimgesuchte griechische Volk seit Jahren allen Deutschen verbunden fühlt. Gegenseitige Staatsbesuche, die Handelsverträge von 1950 und 1953 und Aufbaukredite in Höhe von 260 Mill. DM für die Industrie führten zu einem ausgezeichneten Verhältnis zwischen beiden Ländern. Allerdings ist es nicht eine rein platonische Zuneigung. Die Bundesrepublik ist das wichtigste Import- und Exportland für den griechischen Markt, wenn die Griechen auch die Einfuhr nach Deutschland forcieren wollen und dafür erhebliche Zollsenkungen wünschen. Immerhin stieg das Gesamtvolumen des Warenaustausches von 293 Mill. im Jahre 1953 auf 661 Mill. DM im vergangenen Jahr. Seit zwei Monaten beraten Wirtschaftsdelegationen beider Länder über eine Intensivierung der bisherigen Zusammenarbeit.

In der umfangreichen Wunschliste der Griechen geht es vor allem um eine breit angelegte deutsche Kredithilfe zum Aufbau einer entwicklungsfähigen Industrie und zur Steigerung der Produktionskapazität der bestehenden Industriezweige. Eine enge Zusammenarbeit mit deutschen Banken und dem Privatkapital soll neben staatlichen Krediten die notwendigen Geldmittel flüssig machen, während die Übernahme der Planungsarbeiten und Ausführungen durch bekannte deutsche Firmen die Rentabilität künftiger Industriesektoren garantieren sollen.

Karamanlis gibt den Verhandlungen eine Dringlichkeitsnote, geht es doch irgendwie auch um ein persönliches Prestige des griechischen Premier. Die 41 %, die der 'Radikalen nationalen Union' bei den Wahlen dieses Jahres zufielen, verpflichten ihn, innenpolitisch die sozialen Verhältnisse seines Landes auf ein erträgliches Niveau zu bringen. Anderenfalls werden ihn - und damit den Westen - alle Felle wegschwimmen, wie die 24,4 % der kommunistisch inspirierten EDA-Partei drohend andeuten. Das aber verlangt eine umfassende Industrialisierung, die das agrarwirtschaftliche Strukturbild modernisiert, auf eine breitere Basis stellt und damit genügend Arbeitsplätze für die rasch wachsende Bevölkerung und die Möglichkeit zu einem erträglichem Lebensstandard verschafft. Dazu aber wünscht man vor allem die wirksame Hilfe des westdeutschen Kapitals und erprobter Fachkräfte - und hoffentlich nicht umsonst.

IG-Bergbau schlägt Alarm

rd. Die IG-Bergbau, die am Sonntag in mehreren Kundgebungen die Öffentlichkeit alarmierte, ist in mehrfacher Hinsicht in eine schwierige Situation geraten - nicht aus eigener Schuld. Sie führt bittere Anklage. Politik und Wirtschaft haben die Bergarbeiter, die in den Jahren des Mangels die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufschwunges lieferten, nun in den Zeiten des Überflusses schmähslich im Stich gelassen. Die Bergarbeiter tragen mit Feierschichten und Einkommensverlusten die Lasten einer verfehlten Unternehmens-, Konjunktur- und Strukturpolitik.

Als der Bundeswirtschaftsminister trotz der wachsenden Halden vor dem Preisstakt der Ruhrzechen kapitulierte und gemeinsam mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau feierlich sein Kriegsbeil begrub, schöpften die Bergarbeiter Hoffnung. Man versprach ihnen "energische Massnahmen" zum Abbau der Halden und Feierschichten. Für den Kundigen war jedoch abzusehen, dass keine der vorgeschlagenen Massnahmen die prekäre Kohlsituation zu mildern vermochte. Weder die Unternehmen des Ruhrbergbaus, die 60 % der US-Kohleimport selbst betreiben und 40 % des konkurrierenden Heizöls liefern, sind den Ursachen der wachsenden Halden ernsthaft entgegengetreten. Das Bundeswirtschaftsministerium hat schon gar nichts unternommen. So sind nun mit 12 Millionen Tonnen Haldenbestand die Grenzen der Lagerfähigkeit, die auf etwa 14 Millionen Tonnen geschätzt werden, in wenigen Monaten fast erreicht. Auch alle Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung im Herbst haben getrogen.

Nicht nur für die Regierung in Bonn, sondern auch für die IG-Bergbau ist die Lage an der Ruhr durch das Angebot aus dem Osten, überschüssige Haldenbestände gegen Lieferung von Agrarerzeugnissen abzunehmen, kritisch geworden. Die Bonner Politiker sind auf boshafte Weise an diesem Kohlenproblem mit ihrer Ost-West-Politik konfrontiert. Konfrontiert in ihrer protektionistischen Agrarpolitik, mit ihrer gleichzeitigen Unfähigkeit, dem privaten Preis- und Erzeugungsmonopol an der Ruhr entgegenzutreten. Painlich auch, dass die Bundesregierung nun vor der Frage steht, entweder nach dem Osten zu liefern und so die "Grüne Front" und westliche Freunde zu verschnupfen, oder die US-Einfuhren zu stoppen und dafür hohe Konventionalstrafen zu zahlen (15,- bis 35,- DM pro Tonne nicht abgenommener Kohle bei fast 40 Millionen Tonnen Einfuhrkontrakten) und auch dann noch die amerikanischen Vertragspartner zu verschnupfen.

Diese an sich schon prekäre Situation hat auch noch eine besonders unangenehme innenpolitische Seite. Die KP im Ruhrgebiet, die man unverändert in den Untergrund trieb, hat seit den Feierschichten und nach dem Abzehrungsangebot aus dem Osten, verbunden mit der Unfähigkeit der Regierung, der Kohlsituation Herr zu werden, und dem erpresserischen Spiel der Ruhrmanager, die Regierung mit den Einfuhren von US-Kohle und Heizöl, den Halde- und Feierschichten, unter Druck zu setzen, einen prachtvollen Nährboden erhalten.

Man gehe in die Bergarbeiter-Versammlungen, in denen die Unruhe wächst. Loyale Funktionäre werden niedergeschrien und die bekannten früheren Funktionäre der KP brauchen sich nicht anzustrengen; sie brauchen nur da zu sein und die Achseln zu zucken, denn die Regierung und die Unternehmensleitungen arbeiten für sie.

Die IG-Bergbau, deren demokratische Loyalität und Disziplin unbestritten bleibt, ist so in einen Viel-Fronten-Kampf gezogen worden, gegen die Regierung, gegen die Montan-Union, gegen die Unternehmensleitungen und gegen die KP-Propaganda in den Zechen. Nur so kann man ihre jetzige Flucht in die Öffentlichkeit verstehen, und ihre Vorschläge für den allein möglichen Ausweg. Dieser Ausweg ist die gemeinwirtschaftliche Ordnung des Bergbaus und der Energiewirtschaft, da sich sowohl die Regierung als auch das private Unternehmertum für eine solche Ordnung sichtlich unfähig erwiesen hat.

### "Die Schuld steht nie stumm im Raum der Geschichte"

Nach 20 Jahren suchen wir Klarheit zu gewinnen über das Geschehene, das Grausame, das Unfassbare, das an jenem 9. November 1938 in Deutschland geschehen ist und das der Auftakt für die systematische Ausrottung eines Teiles unseres Volkes wurde. Diese Feststellung setzte Senatsdirektor Dr. Erich Lüth, Hamburg, an den Anfang seiner Erinnerungen an die "Eichenskristallnacht" die Gegenstand einer Wochenendbegegnung in der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt war, an der u. a. Bundeswehroffiziere, DGB-Obleute, Arbeiter, Lehrer, Journalisten und Studenten teilnahmen.

Lüth schilderte das Bild jenes Tages vor 20 Jahren, wie es ihm in der Erinnerung geblieben ist: "...Ich weiß nicht mehr, ob es regnete, ich weiß nur, daß wir durch ein Meer von silbernen leuchtenden Glas führen, links und rechts die leeren Höhlen jüdischer Geschäfte..."

Dr. Dr. Eva Reichmann, Leiterin der Forschungsstelle der Wiener Library, London, meinte dazu, daß die Funken, die am 9. November 1938 zu dem großen Brand aufloderten, schon lange in Deutschland geschwelt hatten. In ihrem Referat "Die Lage der Juden in der Weimarer Zeit" deutete sie auf die tausendjährige Geschichte der Juden in Deutschland hin, in der die Weimarer Zeit wohl zur tragischsten Epoche geworden ist. Sie hatte den Juden die Gleichberechtigung gebrochen. Aber mitten im äußeren Erfolg waren schon die Keime einer schweren Erkrankung sichtbar geworden.

Eigentlich hätte es keine "Judenfrage" geben dürfen. Es handelte sich um eine zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallende Bevölkerungsgruppe. 1925 gab es in Deutschland 564 379 Juden oder 0,9% der Gesamtbevölkerung. Die Juden blieben aber trotzdem im Blickfeld des Geschehens, weil sie in der Wahl ihres Wohnortes, der Struktur und der Berufsgliederung gewisse Anomalien aufwiesen. Sie gehen auf die Kürze der Zeit zurück, in der sich die Integration der Juden in das deutsche Wirtschaftsleben ohne Beschränkungen vollziehen konnte. Trotz der tausendjährigen Geschichte der Juden in Deutschland war dies ein junger Prozeß, der erst 1918 gesetzlich fundiert wurde. Die Juden hatten sich aufgrund der Beschränkungen in ihrer Berufswahl vorwiegend in Städten und Großstädten niedergelassen. Sie hatten den Handel und die freien Berufe bevorzugt müssen. So waren 1907 50 Prozent gegenüber 31 Prozent der nicht-jüdischen Bevölkerung im Handel tätig. Die neuen Gesetze von 1916 haben ihnen Gelegenheiten gegeben, z. B. in Zins- und Leihgeschäften in das Bankwesen, vom Schneiderhandwerk in die Textil- und Bekleidungsindustrie zu gelangen. Dabei haben sie als Nachzügler neue Industriezweige erschlossen. Ihren Gruppencharakter aber behielten sie bei. Der überproportionale Anteil an den genannten Berufen blieb ebenfalls bestehen.

Ihr Drang nach Bildung entzerrte ihren traditionellen Studium der eigenen Lehre. Als sie sich auch weltlich weiterbilden durften, strömten sie in die Universitäten. Viele von ihnen haben Beachtliches geleistet, vielleicht deshalb, weil sie es schwerer hatten als andere. Sie wußten höhere Anforderungen aufweisen. Dabei blieben sie aber Durchschnittsbürger. Nur einige von ihnen taten sich besonders hervor. Namen wie Einstein, Freud, Freud, Wassermann werden genannt und die Tatsache, daß von den bis 1933 gewährten 170 Nobelpreissträger 14 Juden und 6 Halbjuden aus dem deutschen Kulturkreis waren. Und doch, so betonte Frau Reichmann, sind die Juden der Weimarer Zeit eine mittelbürgerliche Schicht gewesen - sind sie ganz gewöhnliche Menschen gewesen.

Die Juden waren dem Fortschritt gegenüber sehr aufgeschlossen. Auch das führte zu einer Anomalie, die vom ungesetzlichen Zustand bis 1916 herührt. Sie sahen zu Recht ihre eigene Emanzipation als unvollendet an. Sie blieben dem Bürgertum, ihrer eigenen Klasse, fern und wandten sich der poli-

stischen Linken zu. Hierin liegt, so paradox es klingen mag, ein positives Element des Antisemitismus.

In der jungen Demokratie der Weimarer Zeit, die für Korruptionen unempfindlich war, geschahen auch sogenannte jüdische Skandale, die, propagandistisch multipliziert, zu Sensationen wurden. Sie aber sind nicht die Ursache für die in den dreißiger Jahren einsetzende Sturmflut des Antisemitismus. Jeder Krieg, so sagt Eva Reichmann, erweckt Haß und Neid und zugleich das Bestreben, sich auf Kosten der Schwächeren vor den Folgen zu retten. Schwach aber ist der Späterkommene, der "Anderer", den man aufgrund seiner andersartigen sozialen Schichtung für fremd hält. Als der Kampf um den Arbeitsplatz in Deutschland entbrannte, war der Bürger froh, daß man ihm eine Gruppe von Konkurrenten vorsetzte, die er loszuwerden trachten sollte. Man machte aus den Juden ein Symbol zurecht, das mit allen erdenklichen Schenßlichkeiten ausgestattet war. So erwuchs aus einem leichten Fremdenhaßgefühl jene große Abneigung. Allein die deutsche Arbeiterbewegung stellte sich dem entgegen. Es mag uns dies ein Trost sein, daß nicht das ganze deutsche Volk dem Antisemitismus verfiel.

"Daß wir die Faust in der Tasche halten, läßt aber die ganze Größe des Jammers erkennen", setzte Erich Lüth dem entgegen. Professor Iwand, Bonn, führte diesen Gedanken weiter. Er untersuchte in seinem Referat "Umkehr und Niedergeburt" die Frage, wie konnten die Zeitgenossen diese grausamen Treiben ertragen, wie konnten einige von uns diese Verbrechen begangen und trotzdem weiterleben. Für wem man die Faust vor der eigenen Wirklichkeit verheimlicht, nur wer an seine eigenen guten Taten glaubt, kann sich noch unbeschadet fühlen, lautet die Antwort. "Wir aber die Tünder nicht nur den Juden zugefügt; wir haben auch uns verwundet, denn wie könnten wir, nach allem was geschah, die gleichen sein!" Um aber mit diesen Vorgängen fertig zu werden, darf man sie nicht verleugnen. Hier kann man nicht schweigen, denn das hilft unserem Volk nicht weiter. Schuld steht wie stumm im Raum der Geschichte, die Schuld wartet auf den, der sie als die seine erachtet. Wüßten wir die Schuld des ersten Weltkrieges erkannt, wäre der zweite nie gekommen. Der Nationalsozialismus wurde somit zum Beweis für die Unzulänglichkeit des deutschen Volkes. Nur war dies erkannt, vorweg eine Wendung herbeizuführen. Das Gespräch zwischen den Deutschen und den Juden hat noch nicht begonnen. Erst wenn dies geschieht, wird der Wendepunkt nahe sein.

Dieses Gespräch sollte unserer Jugend, unserer nicht verheirateten Jugend, vorbehalten bleiben, wurde in der Diskussion gefordert. Wo aber, fragt ein Israeli, sind die Ideale dieser Jugend, die Grund zu der Annahme, daß sie gegen Ähnlichkeitsgefahren gefeit ist. Bitter klagen die Antworten. Wie könnte eine Jugend eines Staates, in dem die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, Ideale erwerben, allein den Unterschied zwischen Recht und Unrecht treffen. Einige Vertreter der Jugend beteiligten dies. "Was sollen wir mit den Problemen anfangen, wenn wir dem Nichts gegenüber zu setzen haben. Das kann uns nicht zur Resignation führen."

Die Mütter die ganze Lehre der Gegenwart, die gelobte Sützen vor sie versetzt, jetzt, klarer zum Ausdruck kommen können. Und doch blieb am Ende der Wochenendbegegnung nicht die Hoffungslosigkeit zurück, denn man hatte im Ansatz im Gespräch gefunden. Das Problem hatte sich nicht verdrängten können wie damals in den zwanziger Jahren. Dies mag man als Zeichen werten, daß wir heute eigentlich schon weiter sind als jemals in der Weimarer Zeit.

Das Asylrecht ist unantastbar!

sp - Ein mysteriöses Dunkel umgibt den Mordanschlag auf einen Exil-Algerier vor den Türen der Tunesischen Botschaft in Godesberg. Die Fahndung nach den Tätern blieb bisher erfolglos. Klar scheint nur zu sein, daß es sich um einen Mordversuch aus politischen Motiven handelt und er nicht der erste ist, der auf nicht-afrikanischem Boden gegen Angehörige der algerischen Freiheitsbewegung unternommen wurde. In den französischen Großstädten mit ihrer massierten Anhäufung von Algeriern gehören Morde und Überfälle seit dem Ausbruch des Algerienkrieges gewissermaßen zum Alltagsbild und die Täter sind in den meisten Fällen schwer zu fassen.

Die französische Botschaft hat sich inzwischen beim Bonner Auswärtigen Amt über das bis jetzt Ermittelte des Mordversuches - und das ist reichlich wenig - unterrichten lassen. Die algerische Delegation in Bonn vermutet, und sie machte aus dieser Vermutung keinen Hehl, eine Mitwirkung des französischen Geheimdienstes, eine Vermutung, die zu beweisen deutsche Stellen gewiß nicht in der Lage sein werden. Aber in diesem Zusammenhang ist ein offenes Wort nötig. Die französische Regierung wäre schlecht beraten, würde sie den Mordanschlag in Godesberg zum Anlaß nehmen, auf die Bundesregierung im Sinne einer Beschränkung des Asylrechtes für die in die Bundesrepublik geflüchteten Algerier einzuwirken. In der Bundesrepublik leben einige Tausend Algerier. Ihren Asylrecht darf nicht angetastet werden, sie haben als politische Flüchtlinge darauf einen völkerrechtlichen Anspruch. Zehntausende Deutsche verloren im Dritten Reich ihr Leben, weil sich ihnen die Grenzen mancher Nachbarländer verschlossen hatten. Mit dieser europäischen Schande darf sich die Bundesrepublik nicht bedecken.

Auch ein freimütiges Wort an die bei uns lebenden Algerier ist notwendig. Sie haben alle terroristischen Aktionen zu unterlassen. Sie bringen sich damit selbst in Gefahr und schaden ihrer Sache. Die Bundesrepublik ist kein Boßen, auf dem sie innere Streitigkeiten mit Terrormethoden, Mord und Totschlag austragen dürfen. Das Asylrecht, auf das sie Anspruch haben, verlangt die Beachtung der Gesetze des Gastlandes; das gilt nicht nur für die Bundesrepublik. Die Algerische Freiheitsbewegung genießt die Sympathien vieler demokratischer Deutscher; sie gingen verloren, würde sich in der Bundesrepublik wiederholen, was beinahe zum täglichen Geschehen in den Pariser Vororten gehörte.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel